

Dresdner Volkszeitung

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Kontokonto: Sächs. Anstalt, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Albstadt

Bezugspreis einschließlich Frachtlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Schriftleitung: Meißnerplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Meißnerplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis, Grundpreise: die 20 mm breite Kleinanzeige 30 Goldpf., die 30 mm breite Kleinanzeige 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Parteienanzeigen, Stellen- u. Verleihsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Goldpf.

Nr. 147

Dresden, Donnerstag den 26. Juni 1924

35. Jahrg.

Die Zeit marschiert

Die Welt steht nicht still; die Erde dreht sich. Man messe die gestern abgedruckte Note, die dem deutschen Reichsfanzler vom französischen und englischen Botschafter am Dienstag überreicht wurde und die eine Inventuraufnahme der deutschen Waffen als unumgänglich bezeichnet, an Notiz, mit denen Deutschland in der Herrscherzeit Poincarés regiert wurde! In den damaligen Notizen der kühnen Lion der Sieger, des Feindes gegen den Feind, in dieser von MacDonald inspirierten Note der Lion des Verführers und Versöhnungswillens. Eine Sprache, die keine Demütigung will; eine Sprache, die den kommenden Völkerbund ahnen läßt. Etwas Neues tritt damit in die Geschichte: Der Versuch, und der sozialistische Wille, in öffentlicher Diskussion von Volk zu Volk, von Staatsmann zu Staatsmann den Frieden Europas zu schaffen, neue Kriegsgefahren zu verhindern und einem gescheiterten Weg die Hand zu reichen.

Die Sozialdemokratie fordert die nationale Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht für jede Nation. Schon darum sehen wir eine Militärkontrolle, wie sie Frankreich uns gegenüber fordert, als einen Eingriff in die Rechte eines Volkes an, einen Eingriff, der sich mit sozialistischen Grundfragen nicht verträgt. Aber der Versailles Vertrag fordert diese Militärkontrolle, und so handelt es sich heute für uns darum, daß das deutsche Volk eines hohen Zieles willen ganze Arbeit macht. Das höhere Ziel ist die Befriedung Europas, die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Die ganze Arbeit besteht darin, daß wir Rückgebunden von uns weisen, das Revandegeschrei in Deutschland erlösen, daß wir alles setzen auf die Karte, die allein Europa vor dem Untergang retten kann: Das große Beispiel. Daß wir darum den andern Völkern sagen: „Wir wollen keinen Krieg! Ueberzeugt euch! Unsere Waffen reichen kaum aus, um uns vor etwaigen böswilligen Ueberfällen notwendig zu schützen, gelassene denn zu einem Kriege mit Großmächten!“

Solche Arbeit ist hier ohne mitreißende moralische Wirkung, kriegerische Sanktionen gar sind gemeingefährlich. Was uns das Revandegeschrei großmühtiger Hafenkreuzer schädigte, was uns nationale Wunden einbrachte, deren Nut auch im Kriege schon mit ihrer persönlichen Entfernung von der Front wuchs, das müssen nunmehr auch Völker ausdrücken, die sich zur Schwarzweissen Volkspartei rechnen. So schreibt die volksparteiliche „Zeit“:

Durch die Entwicklung der Dinge ist die Frage der Militärkontrolle zum Mittelpunkt der ganzen außenpolitischen Lage geworden. Für diese Entwicklung haben wir uns bei denjenigen zu bekümmern, die bei ihren Demonstrationen an den sogenannten Deutschen Tagen nicht weit genug gehen konnten, und bei derjenigen Presse, die in übertriebener Weise darüber berichtete. Wenn man in London und Paris sieht, daß Hunderttausende paraderend vor den alten Heerführern vorbeiziehen, und wenn die Nationalsozialistische Freiheitspartei Bilder mit der Aufschrift herausgibt: „60 000 Gewehre leisten den Rüttschwarz für Deutschlands Freiheit“, so kann man sich nicht darüber wundern, daß das Ausland, dem eine gar nicht vorhandene Bewegung vorgeläufig wird, darauf mit dem Verlangen nach einer neuen Militärkontrolle antwortet. Der Tag, an dem eine entscheidende Wendung in dieser Frage eingetreten ist, war der Tag nach der Demonstration von Halle. Damals ist England, das die Hinanderrückung der Angelegenheit vorher unterläßt hatte, zu der entgegengesetzten Richtung übergegangen.

Dieselben Herrschaften also, die sich jetzt die Hülle gegen die Militärkontrolle heiser brüllen, haben sie geradezu provoziert. Entstanden aus diesem wahnwitzigen Gebahren unserer Nationalen neue außenpolitische Spannungen, neue Verschärfungen, so hat niemand anders die einschlägigen Fenster-scheiben zu bezahlen, als das deutsche Volk. Das Kabinett Herriot in Frankreich steht nicht unerschütterlich fest. Es hat nach der entscheidenden Abstimmung in der Kammer eine Mehrheit von 80 Stimmen erhalten, aber von diesen 80 Stimmen gehören nicht alle zu den zuverlässigen Säulen der Regierung Herriot. Es sind in der bürgerlichen Partei der Radikalsocialisten und auch in der Partei Herriots unsichere Kontingente, die den Vertretern des alten poincaristischen Blocs noch immer halb ihr Ohr leihen und die von der Furcht vor dem deutschen Revandekrieg noch immer so befeht sind, wie die Verdammungskreise, von denen sie ins Parlament geschickt wurden.

In Berlin wird jetzt die Antwort auf die Kontrollnote fertiggestellt. Es ist klar, wie sie ausfallen wird. Deutschland muß die Kontrolle annehmen, wenn es die sich bietenden Chancen zur Erleichterung und Versöhnung nicht leichtfertig verpielen will. Aber wenn das noch Frankreich hinüberholende Echo des Friedensschwächer wäre als das unserer Revandeschreier, so könnte mancher von den jetzigen Anhängern Herriots kopfschüttelnd werden und die Bahn für einen neuen nationalsozialistischen Bloc in Frankreich wäre frei. Das mag ja unsern deutschnationalen und völkischen Desperados keine Strapazen machen. Für Weisen geht es um so besser, je stärker der Hagwind drüberweht. Aber was eine neue Poincaré-Periode bedeuten würde, mag sich jeder überlegen, für den die Wiedergerinnung des Rubreibiers, die Mißlungen unserer Lasten und Leiden eine Frage

Genossen und Genossinnen!

Der Berliner Parteitag hat gezeigt, daß die Reihen unserer Partei für die bevorstehenden schweren Entscheidungen geschlossen denn je bereit sind. Meinungsverschiedenheiten, wie sie in einer kämpfenden Partei selbstverständlich sind, wurden kameradschaftlich ausgeglichen. Die Zeit seit dem Nürnberg Parteitag hat bewiesen, daß die beiden vordem getrennten, marschierenden Parteien wieder zu einer Partei zusammengewachsen sind, so wie es früher zu den besten Zeiten gewesen ist. Die Sozialdemokratische Partei ist und bleibt die politische Organisation, in der sich alle Männer und Frauen des arbeitenden Volks sammeln, die auf demokratischem Boden zu sozialistischen Zielen vorwärtsstreben.

Die Reichstagswahlen vom 4. Mai haben keine klare Regierungsmehrheit ergeben. Der Anspruch der Deutschnationalen auf Führung einer Regierung des Bürgerblocks wurde bisher abgewiesen. Dennoch drängen sie immer von neuem nach der Macht, die sie früher als Vertreter der privilegierten Schichten innehatten: Ein Teil der Mittelparteien ist aus taktischen Gründen bereit, ihren Ansprüchen weit entgegenzukommen, um sie durch Teilnahme an der Verantwortung zu kompromittieren. Würde es nicht bei dem bloßen Versuch dieses freiwirtschaftlichen Spiels bleiben, so hätten den unausbleiblichen schweren Verlust die breiten Massen des Volkes zu tragen.

Die Deutschnationalen haben den Wählern vorgelächelt, daß eine Kurpolitik unter Ablehnung des Sachverständigenrats möglich sei. Nun kommen sie von dieser Lüge nicht los und sind deshalb auch nicht bereit, an den Geschehnissen mitzuarbeiten, die zwar gewiß Schweres bringen, aber durchgeführt werden müssen, wenn Deutschland leben soll.

Seit die Sozialisten in England die Regierung führen und in Frankreich ein bürgerlich-radikales Kabinett im Evidenzstandnis mit den Sozialisten das Steuer lenkt, ist eine Gelegenheit zur Befreiung Europas gegeben, wie sie seit dem Ende des Krieges noch nicht da war.

Deshalb verlangt unsere Partei von der deutschen Regierung eine Politik, die es unsern englischen und französischen Freunden ermöglicht, die hohen Ziele zu erreichen, die sie sich zum Wohl der schwerleidenden Menschheit gesetzt haben.

Die schnelle Durchführung der zur Auswirkung des Sachverständigenratsnotwendigen Gesetze ist aber vor allem nötig, weil sonst den deutschen Arbeitern, Angestellten und Beamten eine Zeit des Elends droht, die alles in der Vergangenheit Erlebte in Schatten stellen würde. Die Ablehnung des Gutachtens hätte

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Partei, Adolf Braun, Crispian, Dittmann, Fischer, Frank, Hilgenbrand, Hilferding, Juchacz, Ludwig, Mollenhuth, Wofes, Müller, Remig, Ryned, Schulz, Stahl, Stelling, Weis

nüchterer Politik und Verantwortlichkeit ist und nicht eine der parteipolitischen Demagogie.

Die Zeit steht nicht still; sie schreitet sogar mit Riesenschritten. Was gewesen ist, kommt nicht wieder! Aber was viele von uns in ihren kühnsten Träumen als ein ferne Ziel gesehen haben, zeichnet sich heute als Silberstreifen sichtbar am Horizonte. In Frankreich eine Kammermehrheit, die mit den Methoden der Gewalt brechen möchte, wenn es an die friedlichen Zukunftsaussichten Deutschlands glauben könnte. Verhoffen wir ihr diesen Glauben, indem wir ganze Arbeit machen und nicht auf halbem Wege stehen bleiben. In England ein Mann an der Spitze, der Sozialist und Vorkämpfer ist und der die Bahn freimachen möchte für einen Völkerbund nach sozialistischem Wunsch. Helfen wir ihm, den Weg freizumachen, indem wir vor allem in Deutschland der Hurakanwelle das Maul stopfen. Weg mit den „Deutschen Tagen“! Weg mit Paraden und Kriegereinspielereien!

Es gibt kein Zurück, es gibt nur ein Vorwärts zu neuen Formen des europäischen Gemein-schaftslebens. Die Sozialdemokratie steht in diesem Kampfe so ziemlich allein. Die Mittelparteien wollen Frieden und Erfüllungspolitik; sie wissen, daß es nichts anderes gibt, aber flau wie ihre Seele ist ihre Limonade. Trotzdem kämpfen wir unsern Kampf mit frohem Mute, denn mit uns geht die neue Zeit. Wir wissen, daß an unserm Wege noch manche Entzündung blühen wird, doch wir wissen auch, daß er und nur dieser Weg ins Freie und in die europäische Völkerfreiheit führt. Mit der Verdrängung des Nationalismus vereinfacht sich der Kampf gegen den Kapitalismus, Ideologische Schleier fallen. Das fühlen die kapitalistischen Parteien und darum folgen sie dem Wagen der Geschichte mit mehr oder minder starkem Widerstreben. Die einen flau, die andern borniert, wutentbrannt, mit Scheitern und Volkern. Auch die Augsburger konnten sich im Mittelalter zeitweilig eine Veröhnung mit den Nürnbergern nicht denken. In diesem Mittelalter stehen die Nationalisten aller Länder.

Die Geschichte wird ihnen Moros lehren!

eine neue Inflation zur Folge, die in ihren Wirkungen noch schrecklicher wäre als die von 1923. Ohne Annahme des Gutachtens wird die herrschende Kreditnot nicht behoben werden. Von neuem würden Hunderttausende und über Hunderttausende der Ausarbeit und der völligen Erwerbslosigkeit überantwortet. Die Sozialdemokratische Partei wird darum mit größter Sorge den Volksentscheid über die Annahme des Gutachtens herbeiführen.

Wenn die kommunistische Partei gegen die Annahme tobt, wie es ihr aus Moskau besohlen ist, so treibt sie damit eine Politik, die nur den Rechtsradikalen helfen würde, wenn sie Erfolg hätte.

Den Kommunisten ist die Not des deutschen Proletariats ganz gleichgültig.

Darum sind wir gezwungen, ihre wirren Reden und rohen Methoden mit aller Schärfe zu bekämpfen. Die Herbeiführung chaotischer Zustände kann den breiten Massen nur Unheil bringen. Wir aber wollen die Bahn freimachen für stetigen Fortschritt in der Richtung zu unsern sozialistischen Zielen.

Mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sind wir einzig in dem Willen, durch parlamentarische und gewerkschaftliche Arbeit in jedem einzelnen Land und durch internationale Vereinbarungen einen wirksamen Schutz der Arbeit zu sichern, vor allem den Arbeitslosen zu verteidigen und ihn wieder zu erobern, wo er verloren gegangen ist.

Die Stunde ist der Zusammenarbeit aller demokratischen und sozialistisch denkenden Elemente in Europa günstig. Wenn der Deutsche Reichstag unter dem Einfluß stumpfsinniger nationaler Agitationspolitik nicht die Kraft aufbringt, die Gesetze zu verabschieden, die zum Nutzen des Volkes schleunigst erledigt werden müssen,

so wird noch in diesem Sommer ein neuer Appell an das Volk ergehen. Der Wahlkampf wird dann plötzlich einsetzten und nur wenige Wochen dauern.

Wir müssen für diesen Fall bereit sein. In der demokratischen Republik ist das Volk selbst seines Schicksals Herr. Es geht um die Zukunft ganz Europas, um das Schicksal des kommenden Geschlechts. Wer will, daß Kinder und Enkel frei atmen und froh leben können, muß sich den Frauen und Männern anschließen, deren Treue zu unserer Partei kein Sturm erschüttern konnte.

Für die Befreiung vom Joch der Kapitalherrschaft, für Freiheit und gleiches Recht für den Frieden über Welt —

Vorwärts zu neuen Kämpfen!

Berlin, 24. Juni 1924.

Die französisch-belgischen Vereinbarungen

P. Paris, 25. Juni. (Via Drahtm.) Herriot hat einem im Elsey abgehaltenen Ministerrat Bericht über seine Reise nach London und Brüssel erstattet und im Anschluß daran der Presse eine kurze Erklärung gegeben, in der er seiner Befriedigung insbesondere über die Abwendung der gemeinsamen Note an Deutschland Ausdruck gab. Er habe begründeten Anlaß zu der Hoffnung, fügte er hinzu, daß Deutschland die Forderungen der Wirtschafterkonferenz nunmehr annehmen werde.

Aus den Verhandlungen Herriots mit den belgischen Ministern wird halboffiziell behauptet: Was die Reparationen anbetreffe, so würden die Alliierten den Austausch der Pfänder vornehmen, d. h. das Ruhrgebiet und die Rheinlande wirtschaftlich räumen, sobald die von dem Sachverständigenbericht vorgesehenen Organisationsfunktionierten. Sofort darauf würden Frankreich und Belgien mit der militärischen Räumung des Ruhrgebietes beginnen, die nach Maßgabe der Kommerzialisierung der deutschen Schanden fortgesetzt werden sollte. Großbritannien würde Frankreich eine allgemeine schriftliche Garantie sofortiger und vollkommener Zusammenarbeit geben, im Falle Deutschland eine seiner Verpflichtungen, die der Dawes-Plan vorsehe, nicht erfülle. Was die Sicherheitsfrage anbetreffe, so sei Großbritannien geneigt, mit seinen Alliierten, insbesondere mit Frankreich, einen allgemeinen Pakt gegenseitiger Unterstützung, die im Falle eines Angriffs Deutschlands obligatorisch werde, abzuschließen. Der Völkerbund werde von nun an im europäischen politischen Leben eine immer aktivere Rolle spielen. Dadurch, daß MacDonald und Herriot im September in Genf anwesend sein würden, werde das erste Anzeichen dafür gegeben sein.

London, 25. Juni. Die Pariser Behauptung, MacDonald habe Herriot versprochen, „bei einem deutschen Angriff werde England auf Seite Frankreichs stehen wie 1914“, wird offiziell widerprochen. MacDonald habe nur zugefugt, daß, falls Deutschland nach Annahme des Dawesplan nicht erfülle, alle Alliierten gemeinsame Schritte unternehmen würden. Militärische Schritte wurden nicht erwähnt.